

SCHLEI-POST

Eine Bürgerzeitung in Schleswig-Holstein



Herausgeber: SPD-Ortsverein Rieseby
 Verantwortlich und Redaktion: Klaus Bohle
 Ringstraße 23, 2332 Rieseby, Telefon 04355/491
 Auflage: 700 Exemplare

Postwurfsendung

1990, Nr. 2



Über 30 Jahre CDU -
 Mehrheit in der
 Gemeindevertretung
 in Rieseby sind
 genug !!!

Stimmzettel

für die Gemeindewahl in der Gemeinde Rieseby
 am Sonntag, dem 25. März 1990

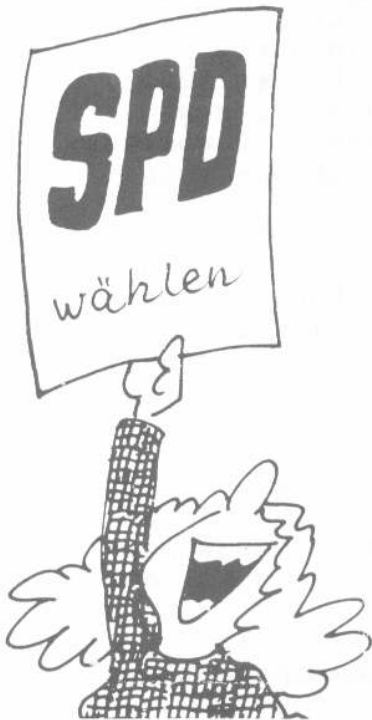
Sie haben 7 Stimmen

Nicht mehr als 7
 Bewerber ankreuzen,
 sonst ist der
 Stimmzettel **ungültig!**

Muster

In dieser
 Spalte
 an-
 kreuzen

1	Sozial- demokratische Partei Deutschlands SPD	a) Indinger, Dorit Dipl.-Sozialpädagogin Greensweg 13, Rieseby	<input type="checkbox"/>
		b) Sell, Walter Beamter Rapstedter Straße 25, Rieseby	<input type="checkbox"/>
		c) Nabert, Gerhard Postbeamter Feldstraße 1, Rieseby	<input type="checkbox"/>
		d) Kolls, Jens Bankkaufmann Dorfstraße 51, Rieseby	<input type="checkbox"/>
		e) Randschau, Sigrid Hausfrau Dorfstraße 53, Rieseby	<input type="checkbox"/>
		f) Scheel, August Bäckermeister Rapstedter Straße 16, Rieseby	<input type="checkbox"/>
		g) Bohle, Klaus Soldat a.D. Ringstraße 23, Rieseby	<input type="checkbox"/>



ZEIT ZUM AUFKLAREN

SPD
 SCHLESWIG-HOLSTEIN



G E M E I N D E V E R T R E T E R - lohnt sich das in Rieseby?

Gemeindevertreterversammlung vom 23.2.89 - 13 Tagesordnungspunkte, keine Zuhörer ;Gemeindevertreterversammlungen vom 20.9.89 und 7.12.89 - je 14 Tagesordnungspunkte ,keine Zuhörer.

Diese geringe Aufmerksamkeit erfährt die Riesebyer Gemeindevertretung nun schon seit vielen Jahren ,obwohl die Steuergelder der Riesebyer Bürger hier verteilt werden. Möglicherweise reichen doch die Berichte über die Gemeindevertreterversammlungen in der EZ und KN ,obwohl sie meistens ungenau, unvollständig und einseitig geschrieben worden sind.

Vielleicht ist es aber auch der Ärger darüber ,daß gerade die Mehrheitsfraktion in Rieseby Entwicklungen einfach nicht wahrhaben will und sie verschläft. Sicherlich ist vielen noch die verpaßte Gelegenheit ,das Amt Schlei nach Rieseby zu holen, noch in lebhafter Erinnerung. Heute wiederholt sich Ähnliches: die Versorgung älterer Menschen wird durch die ablehnende Haltung der CDU ,eine Sozialstation in Rieseby aufzubauen,nicht den Erfordernissen angepaßt ,so daß Alterwerden für Alleinstehende ohne Verwandt-und Bekanntschaft in Rieseby Versorgungsangste hervorrufen wird.

Weiterhin wurde die Einrichtung eines freien Jugendtreffpunktes abgelehnt und Riesebys Anerkennung als Ort mit Zentralfunktionen nur mit halbem Herzen betrieben.

Möglicherweise liegt die Mißachtung der Gemeindevertretung auch in ihrer Unfähigkeit, langfristige Entwicklungen in der Gemeinde zu planen.Obwohl für mehrere zehntausend Mark von einem Ingenieurbüro ein Dorfentwicklungsplan für Rieseby erstellt worden ist, läßt sich die Gemeinderatsmehrheit fast ausschließlich von momentanen Überlegungen einzelner Gruppen leiten. Ein gutes Beispiel dafür ist die Entscheidung im letzten Herbst, den Auftrag für den Thamswegausbau zu vergeben,ohne ein Gesamtkonzept für Riesebys Straßenausbau erarbeitet zu haben.Dieses aber wollte die gesamte Gemeindevertretung vor vier Jahren als Vorbereitung für jeglichen Straßenausbau.

Auch verkommt die Schulbauplanung der Gemeinde Rieseby zum reinen parteipolitischen Kommunalwahlkampfmittel, wenn der Bürgermeister Dreyer -bis zum 15.1.1990 noch entschiedener Gegner aller Schulerweiterungspläne in Rieseby - nun plötzlich für einen Schulanbau ist und den Förderantrag an die SPD-Landesregierung als Test für deren Glaubwürdigkeit betrachtet.

Kurzfristig ist auch ,daß die Förderung des Mietwohnungsbaus von der CDU-Mehrheitsfraktion als nicht zumutbar betrachtet wird. Wo sollen aber die jungen Riesebyer Familien mit Kindern denn wohnen, wenn doch ihre Kinder die Grund- und Hauptschule besuchen sollen?

Auch ein Angebot der Industrie- und Handelskammer Kiel, die Gemeinde über Gewerbeansiedlung im ländlichen Raum zu informieren, wurde durch das Verhalten der Mehrheitspartei zunichte gemacht. Offensichtlich sind neue Arbeitsplätze und zusätzliche Steuereinnahmen in Rieseby wohl nicht nötig!!

Den größten Schlag gegen ihre Glaubwürdigkeit versetzte sich die

Gemeindevertretung wohl selbst, als die Mehrheitsfraktion dem Druck einer Unterschriftensammlung nachgab und gegen den rechtlichen Rat des Kreises RD-ECK die Genehmigung für die "Norbyer Sozialmühle" ablehnte. Wie das Oberverwaltungsgericht Lüneburg nun bestätigte, brach damit die Mehrheit in der Gemeindevertretung Rieseby willkürlich geltendes Baurecht gegenüber einem Riesebyer Bürger.

"Nun reicht's aber!" - könnte der geduldige Leser nun meinen, "Politik - das ist nichts für mich!"

Ich meine, die Mitarbeit in der Kommunalpolitik hat auch seine positiven Seiten. Sicherlich war es ein Gewinn für mich zu lernen, wie die Gemeinde auf Amts- und Kreisebene verwaltet ist, welche wirklichen Entscheidungsgrenzen einem Gemeindeparlament durch die Verwaltungsstruktur gesetzt werden und wie man mit der Verwaltung umgehen kann. Kennenlernen konnte ich auch die Stärken und Schwächen von Vereinen, Verbänden, Parteien und ihren Gemeindevertretern mit deren Absichten, welche von der ausschließlichen Arbeit am Gemeinwohl bis hin zu persönlichen und geschäftlichen Interessen reichen kann. Vergessen will ich auch nicht die vielen freundschaftlichen Begegnungen mit den Mitsteitern aus der eigenen und den anderen Parteien.

Lernen konnte ich auch, wie Meinungen in einem kleinen Ortsparlament gebildet werden und wie man sich im Umgang mit anderen, oft entgegengesetzten Meinungen verhalten kann. Dabei habe ich selbst gerne den Widerspruch, das Gegenargument, den anderen Vorschlag gesucht; denn er stört nicht, wie es die SED in der DDR und auch mancher in unserer Gemeindevertretung meinte, die Beratung, sondern fördert sie so, daß das bessere Ergebnis erzielt wird.

In diesem Sinne in einer Gemeinde dort mitzuarbeiten, wo die Gemeinschaftsaufgaben entschieden werden, halte ich für sehr wichtig. Gleichfalls erscheint es mir sinnvoll, nach 8 - 12 Jahren Mitarbeit eine Pause einzulegen, um aus der Distanz seine eigene Arbeit kritisch betrachten zu können, neue Gedanken zu entwickeln und vor allen Dingen nachrückenden Kandidaten aktive Mitarbeit zu ermöglichen. Aus diesem Grunde ist eine zwanzig- oder noch mehrjährige Gemeindevertretermitgliedschaft kein besonderer Verdienst und nicht erstrebenswert.

In der nun bald neuen Gemeindevertretung würde ich mir mehr Nachdenken über Gegenvorschläge wünschen. Der Opposition muß mehr Mut zur Auseinandersetzung zeigen.

Vielleicht kann meine Wunschvorstellung auf der nächsten Sitzung nach der Kommunalwahl am 25.3.90 schon Wirklichkeit werden:

Eine bissige und mutige CDU-Opposition bringt die SPD-Mehrheitsfraktion mit der tatkräftigen, aber auch nachdenklichen Bürgermeisterin DORIT INDINGER mit guten Vorschlägen heftig ins Schwitzen.

Werner Schöttke

Liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger

Ein Satz hat in den vergangenen Wochen Geschichte gemacht: „Wir sind das Volk!“ – Mit diesem Spruch auf den Lippen hat sich das Volk in der DDR die Macht zurückerobert. Von nun an will es mitreden, mitkontrollieren, sich in die eigenen Angelegenheiten einmischen. Es ist gut, Demokratie nicht nur am Wahltag auszuüben.

Gewiß, die Verhältnisse kann man nicht vergleichen; aber auch bei uns täte etwas mehr Demokratie, mehr Transparenz und mehr Bürgerbeteiligung gut.

Welcher Abgeordnete, welcher Gemeindevertreter kann schon von sich behaupten, daß er von allen Dingen, über die er entscheidet, genügend versteht. Manchmal verstehen die Bürgerinnen und Bürger mehr davon. Warum also diesen Rat, deren Wissen und Engagement nicht besser nutzen?

Heute haben die Wählerinnen und Wähler nur alle vier Jahre die Möglichkeit, durch ihre Stimmabgabe politischen Einfluß auf die Kommunalpolitik zu nehmen. Mehrheiten in den Gemeinde- und Stadträten vertreten nicht immer und in jeder Frage auch die Meinung der Mehrheit. Was dann? Dann bleibt nur der Protest, Unterschriftensammlungen und der Weg in die Presse; letztlich entscheiden aber die Gemeindevertreter doch allein.

Warum sollte es in einer Demokratie nicht möglich sein, die Bevölkerung selbst zu befragen und entscheiden zu lassen?

Gerade in kleinen Gemeinden, in denen jeder jeden kennt, wird bei vielen Gelegenheiten über die Gemeindepolitik geredet – im Dorfkrug, beim Einkauf und beim Schnack am Zaun. Wenn der Gemeinderat zu seiner Sitzung zusammentritt, dürfen nur noch die Gemeindevertreter reden. Warum muß das so sein?

In der Gemeinde Süsel gab es zu Günther Jansens Zeiten als Bürgermeister bereits das Antragsrecht der Gemeindebürger, die Beteiligung der Bürger an Ausschußberatungen sowie Bürgerfragestunden vor Eintritt in die Tagesordnung. Während der Gemeinderatssitzung hatten die Bürger das Recht auf Fragestellung zu dem jeweiligen Beratungspunkt. Das alles wurde 1984 von der alten Landesregierung gekippt.

Mit solchen Eingriffen wird jetzt Schluß gemacht.

Bei der Kommunalwahl am 25. März 1990 treten die Kandidatinnen und Kandidaten der SPD zu den Gemeinde- und Stadträten sowie zu den Kreistagen unter dem Motto „Mit den Menschen, die hier leben“ an. Sie treten ein für eine Politik mit den Menschen, für eine Politik, die nicht Entscheidungen über die Köpfe der Bürgerinnen und Bürger hinweg trifft. Daß es die SPD mit diesem Grundsatz ernst meint, beweist der Gesetzentwurf der SPD-Landesregierung, der

unter anderem vorsieht:

- Bürger können zu wichtigen Angelegenheiten einen Bürgerantrag einbringen und einen Bürgerentscheid herbeiführen;
- Einwohner können Anträge an die Gemeindevertretung stellen, die entschieden werden müssen;
- Ausschußsitzungen sollen in der Regel öffentlich abgehalten werden;
- Bürgerinnen und Bürger können in Gemeinde- und Stadtratssitzungen Fragen stellen.

Die SPD will damit allen, die sich für ihre Gemeinde interessieren und sie mitgestalten wollen, mehr Mitwirkungsrechte einräumen. Wer kann dagegen schon etwas haben, möchte man meinen. – Die CDU beschwört schlimme Zustände herauf: der Gemeinderat würde zur „Quasselbude“, in der alle möglichen „Quakbüdel“ und Demagogen sich breit machen. Die CDU will, daß die Gemeindevertreter unter sich bleiben und das Volk sich auf die Zuschauerrolle beschränkt. Wir meinen: In einer Demokratie sollte es möglichst wenige Zuschauer geben. Was in den Gemeinden entschieden wird, geht alle an.

Gerd Walter
Landesvorsitzender
der SPD Schleswig-Holstein

Jetzt wollen wir's wissen – wir kämpfen. SPD

Bei der kürzlich erfolgten Spendenaktion "Krankbetten für die Lewenberg - Klinik in Schwerin", finanzierte die SPD-Fraktion Rieseby drei

Krankbetten für Schwerin

FARBE BEKENNEN '90!

Name

Straße

Ort

Ja, es ist Zeit, sich politisch zu engagieren. Deswegen will ich noch in diesem Jahr in die SPD eintreten.

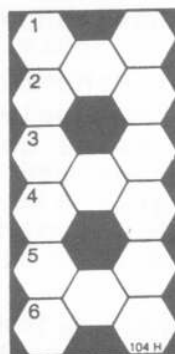
Ja, die SPD interessiert mich. Ich möchte mich näher informieren.

Schleswig-Holstein

SPD

Ankreuzen, ausschneiden und schicken an den SPD-Landesverband, Kleiner Kuhberg 28-30, 2300 Kiel 1 |

Silbenband

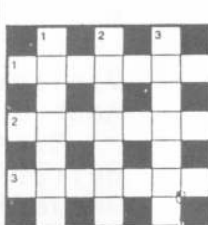


dam - haupt - hof - horn - mat
-rad - rat - reichs - rot - se - tung
-ver

Aus diesen Silben bilde man Wörter nachstehender Bedeutungen. Die nicht angegebenen Mittelsilben nennen dann ein Rummelplatzunternehmen.

1 Geringachtung, 2 Teil des Wagens, 3 holländische Stadt, 4 Berg der Alpen, 5 Teil der Bahnanlage, 6 früh. Titel.

Mag. Gitterrätsel



Aus den 33 Buchstaben:
a - a - a - d - d - e - e - e - e - e - e
- i - i - k - k - l - l - n - n - r - r - r - r - r
- r - r - t - t - v - v - z - z

bilde man waagrecht und senkrecht gleichlautende Wörter nachstehender Bedeutungen:

1 Tierleiche, 2 Lauchte, 3 Bad in Niederschlesien.

1 Kaderer, 2 Laterne, 3 Reinerz

Mag. Gitterrätsel:
terbahn

Bahnhof, 6 Reichsbahnrat - Ach-

terbahn, 4 Katernom, 5 Haupt-

1 Verächlung, 2 Radachse, 3 Rot-

Silbenband
: Aufösung :